

Beim Thema Pflanzenzüchtung stellt die EvB in der Schweiz einen grossen Nachholbedarf fest.

„Wir nehmen kein Geld von Firmen“

Interview François Meienberg, Kampagnenkoordinator bei der Erklärung von Bern (EvB), berichtet im dlz-Interview über die Arbeitsweise der EvB und von Nichtregierungsorganisationen mit einem langen Atem.

dlz François Meienberg, die Erklärung von Bern arbeitet viel zum Thema Landwirtschaft, ist aber in den Diskussionen rund um die Agrarpolitik in der Schweiz kaum in der Öffentlichkeit präsent. Wie ist dies zu erklären?

Meienberg: Dafür gibt es insbesondere einen Grund: Wir haben als entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisation das Ziel, herauszufinden und zu beschreiben, wie sich die Tätigkeiten von Schweizer Akteuren – also Staat, Firmen, Verbänden und Privat-

personen – auf Menschen in der südlichen Hemisphäre auswirken. Uns interessieren aber auch die globalen Auswirkungen von nationalen oder internationalen Regulierungen. Und bei diesen Fragen ist die alle vier Jahre durchgeführte Agrarpolitikrunde des Bundes nur von untergeordneter Relevanz.

Welche nationalen Regulierungen sind für die EvB besonders von Interesse?

Meienberg: Ein Schwerpunkt sind die Themen Sortenschutz und Patentrechte in der Pflanzen- und Tierproduktion. Bei diesen

Themen nehmen wir aktiv am Gesetzgebungsprozess teil – auf nationaler und internationaler Ebene. Beim Patentrecht ist es für Bauern, Konsumenten und vor allem für Züchter wichtig, dass das Prinzip des freien Zugangs zu den genetischen Ressourcen für die Weiterzucht respektiert wird. Im Rahmen des Patent- und Sortenschutzrechts muss sichergestellt werden, dass die Wiederaussaat und der Tausch von Saatgut unter Bauern weiterhin möglich ist. Diese Tauschfrage mag für uns in der Schweiz ein Randthema sein, aber weltweit werden gegen 90 Prozent des

Zur Person

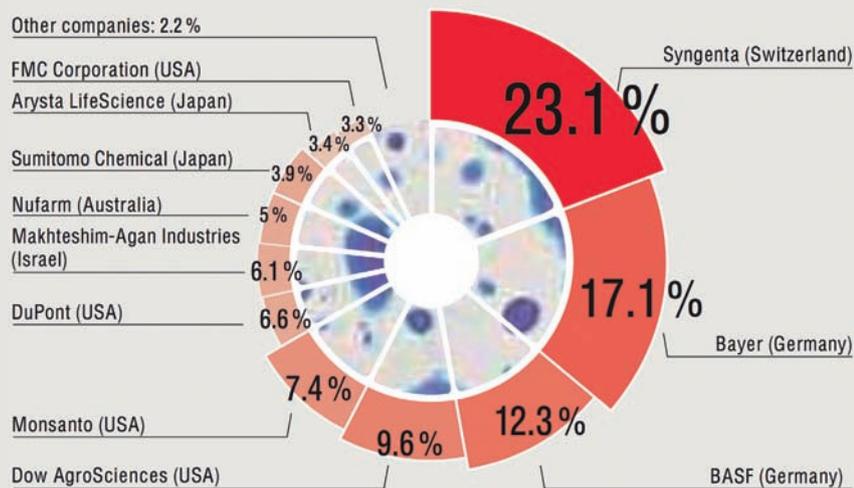


François Meienberg

Mit einer Ausbildung als Chemielaborant und einem Diplom der Schauspielakademie Zürich arbeitete François Meienberg zu Beginn der 1990er-Jahre als Schauspieler auf Bühnen, im Film sowie für das Radio. In den 1990er-Jahren arbeitete er als Kampagnenkoordinator für Greenpeace Schweiz. Seit 1999 ist er Kampagnenkoordinator bei der Erklärung von Bern, wo er unter anderem die Themen Landwirtschaft, Biodiversität und Patente bearbeitet. Die Erklärung von Bern (EvB) ist eine 1968 entstandene Nichtregierungsorganisation. Der Name leitet sich von einem 1968 verfassten Manifest („Erklärung von Bern“) ab, das den Kampf gegen Hunger und Elend und den Kampf für die Rechte und Würde des Menschen zum Thema hat. Die EvB führt selbst keine Entwicklungsprojekte durch, sondern hat sich zum Ziel gesetzt, Informationsarbeit zu entwicklungspolitischen Fragen zu leisten. www.evb.ch

Meienberg: Dies ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Ist es das Ziel, einen Gesetzgebungs- oder Verhandlungsprozess zu beeinflussen, sind unsere wichtigsten Ansprechpartner die ParlamentarierInnen oder die Personen am Verhandlungstisch. Geht es um die Aktivitäten einer spezifischen Firma, sind natürlich die Entscheidungsträger in der Firma unsere Zielgruppe. All diese Entscheidungsträger können wir entweder mit direkten Gesprächen erreichen, mit Briefen, mit Öffentlichkeitskampagnen oder via unserer Partner. Unsere Netzwerke wie auch die Medien sind dabei wichtige Multiplikatoren.

Die zehn größten Hersteller von Pflanzenschutzmitteln



Der Gesamtumsatz von Pestiziden wird auf 44 Milliarden USD geschätzt.

Quelle: ETCGroup 2011, Grafik: Erklärung von Bern

Saatguts auf informellen Wegen verbreitet. Ausserdem äussern wir uns im Rahmen der Agrarpolitik auch zur Pflanzenzüchtung.

Welche sind Ihre konkreten Anliegen im Bereich Pflanzenzüchtung?

Meienberg: Wir stellen fest, dass es hier in der Schweiz im Bereich Pflanzenzüchtung einen grossen Nachholbedarf gibt. Man freut sich am Biolandbau, aber ein Gang durch einen Biogemüsemarkt zeigt: Auch dort stammt der weitaus grösste Teil des Saatguts von Konzernen wie Monsanto oder Syngenta. Wenn man gleichzeitig hört, wie bei multinationalen Unternehmen die drei wichtigsten Zuchtziele lauten, nämlich Ertrag, Ertrag und Ertrag, dann kommen wir zum Schluss: Das kann es doch nicht sein. Hier muss im Rahmen der Agrarpolitik eine eigenständige und multifunktionale Züchtung gefördert werden, welche die Interessen des ökologischen Landbaus stärker miteinbezieht. Ob diese dann privat oder staatlich durchgeführt wird, ist unerheblich.

Kommen wir zurück zu den Akteuren in der Schweiz und deren Tätigkeiten in den Ländern des Südens. Wie geht die EvB hier vor?

Meienberg: Am Anfang der thematischen Arbeit zu einem bestimmten Thema steht bei uns die Beschaffung der Informationen. Hier können wir auf ein grosses Netz von informellen Kontakten vor Ort zurückgreifen. Das sind beispielsweise Gewerkschafter, die uns Informationen über die Arbeitsbedingungen und den Pestizideinsatz in Palmölplantagen zukommen lassen. Wir arbeiten auch mit Nichtregierungsorganisationen (NROs) und lokalen Vertrauensleuten zusammen. Auch wir geben Informationen an unsere Partner im Süden, die sich diese dort nicht oder nur erschwert beschaffen können. In speziellen Fällen geben wir auch Recherchen in Auftrag.

Wie geht die EvB dann vor, wenn zu einem Thema schliesslich verlässliche Informationen vorliegen?

Mit wem spricht die EvB, wenn eine Schweizer Firma dialogbereit ist?

Meienberg: Das ist sehr unterschiedlich – ebenso wie die Resultate solcher Gespräche. In der Tendenz sind Gespräche mit reinen Kommunikationsbeauftragten von Firmen eher schwierig. Je weiter oben eine Person in einer Firma steht und je mehr Kompetenzen und Sachwissen die Person hat, desto fruchtbarer können Gespräche sein. Nicht selten erfahren die Schweizer Hauptquartiere von international tätigen Firmen erstmals von uns über Missstände, die durch ihr Unternehmen verursacht werden. Zugute kommt uns dabei, dass wir über lange Zeiträume bestimmte Themen bearbeiten können. Dies hat mit der Finanzierung der EvB zu tun. Wenn eine Nichtregierungsorganisation einzelne grosse Geldgeber hat, dann kann es vorkommen, dass sie von einem Jahr aufs andere ein Thema nicht mehr bearbeiten kann, wenn ein Geldgeber seine Mittel anders verwendet haben will. Die EvB mit ihrer Finanzierung über viele kleinere Spenden unserer Mitglieder kann ein Thema wie etwa Paraquat, das hochgiftige Herbizid der Firma Syngenta, über Jahre wenn nicht Jahrzehnte verfolgen, falls wir dies als notwendig und sinnvoll erachten.

Wenn ein Thema so lange bearbeitet wird, bedeutet das aber auch, dass die Ansprechpartner in der Schweiz keine offenen Ohren für das Anliegen der EvB haben.

Meienberg: Ja, es bedeutet, dass zumindest einzelne Ansprechpartner kein offenes Ohr haben. Paraquat ist ein trauriges Beispiel dafür. Zur Erinnerung: Paraquat ist ein akut toxisches, gleichzeitig aber auch billiges Kontaktherbizid. Es wird von Syngenta in über 100 Ländern verkauft. Darunter sind viele, in denen Herbizide ausgebracht werden, ohne dass sich die Arbeiterinnen und Arbeiter adäquat schützen können. Dies führt zu unzähligen Vergiftungen, ganz abgesehen von den zahlreichen Suiziden, die mit Paraquat begangen werden, weil es kein Gegengift gibt. Die EvB hat dazu beigetragen, Informationen zu den

schädlichen Wirkungen von Paraquat zu verbreiten. In der Schweiz ist Paraquat wegen seiner hohen Toxizität seit über 20 Jahren nicht mehr zugelassen. Im Laufe unserer Kampagne wurde es in der EU, in den Sahelstaaten und in diversen asiatischen und lateinamerikanischen Ländern verboten. Eine Vielzahl von Firmen, darunter Coop Schweiz und Migros, und die Inhaber zahlreicher Labels haben sich verpflichtet, den Einsatz von Paraquat bei ihren Produzenten nicht mehr zu akzeptieren. Aber der Hersteller, Syngenta, ist in Bezug auf dieses Produkt einfach nicht ansprechbar. Syngenta will Paraquat offenbar so lange wie möglich verkaufen, koste es, was es wolle. Unsere Kampagne «Stop Paraquat», die wir im Jahr 2002 gestartet haben, wird also noch weitergehen, bis Syngenta die Produktion einstellt und ihr unverantwortliches Verhalten beendet.

Welche Instrumente stehen der EvB in solch verfahrenen Situationen überhaupt noch zur Verfügung?

Meienberg: So verfahren ist die Situation ja nicht. Es braucht einfach etwas Geduld, die Zeit arbeitet für uns. Wir können zudem versuchen, die KonsumentInnen in die Kampagne miteinzubinden, indem wir sie darauf hinweisen, dass sie mit dem Kauf der Tomate „Toscanelle“ eben die Firma unterstützen, die Menschenrechte an anderen Orten mit Füßen tritt. Denn auch Firmen wie Syngenta sind schlussendlich an einem guten Image interessiert. Dies zeigt auch der „Good Growth Plan 2020“ von Syngenta, ein Papier, das seine Versprechen bei Weitem nicht erfüllen kann. Oder dass 2010 ausgerechnet Syngenta zusammen mit der ETH Zürich einen Lehrstuhl für „nachhaltige Agrarökosysteme“ lancierte. Das ist ja, wie ein Tabakkonzern einen Lehrstuhl zur angeblichen Suchtprävention finanzieren würde. Eine unserer Strategien kann also sein, die verschiedenen „Gesichter“ eines Konzerns miteinander in Verbindung zu bringen. Eine ETH oder andere Partner sollen sich nicht nur mit dem sonnigen PR-Gesicht eines Konzerns in eine Partnerschaft begeben können. Sie sollen auch mit den Schattenseiten in Verbindung gebracht werden.

Wie häufig kommt es vor, dass gegen die EvB im Zusammenhang mit solchen Kampagnen gerichtlich vorgegangen wird?

Meienberg: Das ist sehr selten. Einerseits sind wir sorgfältig beim Recherchieren. Und dann wissen die Firmen auch, dass solche Klagen das öffentliche Interesse noch mehr auf den Gegenstand lenken und das wollen sie um jeden Preis verhindern. Nehmen wir das Beispiel von Monsanto: Dieses Unternehmen hat eine sehr schlechte Presse – vor allem im Vergleich zu Syngenta. Mit den objektiven Fakten hat dies nicht viel zu tun, denn Syngenta ist einiges



Foto: CS

Die ETH Zürich gründete eine Professur für Agrarökologie mit einem der grössten Agrokonzerne zusammen. Die EvB stellt Fragen.

grösser als Monsanto und hat ebenfalls ihre schwarzen Seiten. Syngenta ist die Nummer 1 bei den Pestiziden und die Nummer 3 beim Saatgut. Monsanto ist die Nummer 1 beim Saatgut und die Nummer 4 bei den Pestiziden.

Nach welchen Kriterien sucht die EvB die Themen aus, die sie bearbeitet?

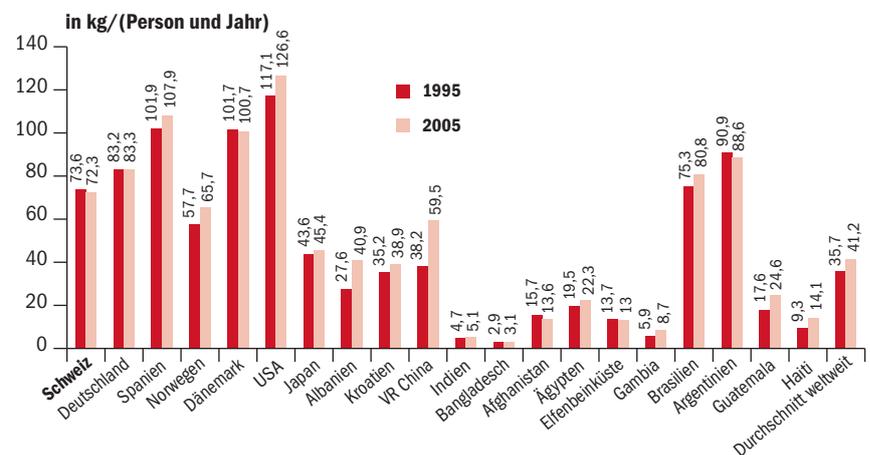
Meienberg: Zentral ist für uns, dass wir mit unserer Arbeit einen Unterschied machen können. Bei einem Thema wie dem globalen Klimaschutz ist dies für eine Nichtregierungsorganisation wie die EvB nur noch begrenzt möglich, da sich bei Klimaverhandlungen die NROs buchstäblich gegenseitig auf den Füßen stehen. Wir sind mit rund 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht sehr gross, können

aber auf eine Vielzahl Spender zählen. Das bedeutet, dass wir nicht auch noch auf Modethemen aufspringen müssen, nur um Gelder zu beschaffen. Stattdessen können wir uns auf diejenigen Themen konzentrieren, die wir objektiv als dringend einstufen und auch neue Themen bearbeiten, die noch nicht in aller Munde sind.

Welche Themen wird die EvB in den nächsten Jahren vermehrt aufgreifen?

Meienberg: Diverse aktuelle Themen werden auch in der nahen Zukunft noch einen Schwerpunkt bilden: Der Handel mit Roh-

Der Fleischverbrauch in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern



Quelle: FAO, The State of Food and Agriculture, 2009

Die Beschaffung und Verbreitung von Informationen zu Landwirtschaft und Ernährung ist eine der Kernaufgaben der Erklärung von Bern.



Als der Osterhase im Animationsfilm der Erklärung von Bern erfährt, wie er hergestellt wurde und unter welchen Umständen seine Zutaten produziert wurden, will er seinem Osterhasenleben ein Ende setzen. Wahlweise mit dem Föhn oder indem er sich auf eine heisse Herdplatte setzt.

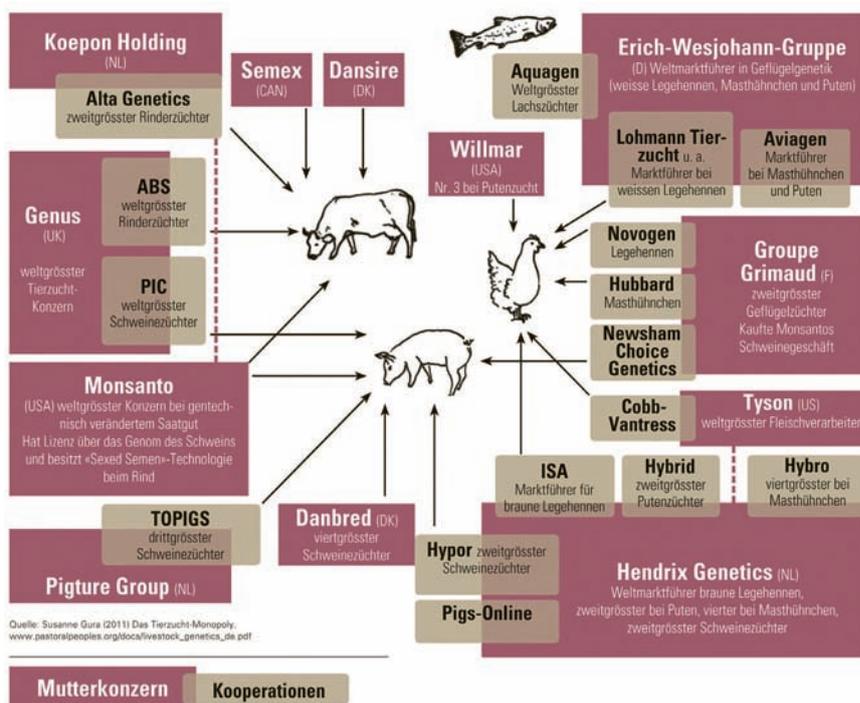
stoffen durch Schweizer Firmen – und damit auch mit Nahrungsmitteln – wird uns sicher beschäftigen. Auch Syngenta, sei es mit ihrer Pestizidpolitik oder mit ihren Patenten auf Saatgut, werden wir weiter im Auge behalten. Leider gibt es noch unzählige Problemfelder, und somit auch eine unerschöpfliche Auswahl von potenziellen Themen für die EvB: Seien es Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft, die enorme Marktkonzentration in der Landwirtschaft (zum Beispiel im Bereich Saatgut und Pestizide) aber auch die Auswirkungen unserer Essgewohnheiten oder das Thema Essen und Gesundheit.

Wie unabhängig ist die EvB in finanzieller Hinsicht?

Meienberg: Wir nehmen kein Geld von Firmen. Spenden von Coop oder Migros würden wir beispielsweise zurückgeben, so wie wir bereits ein Preisgeld von 10'000 Franken, das indirekt durch die Bank UBS vergeben wurde, retourniert haben. Bei öffentlichen Geldern haben wir eine Grenze festgelegt: Der Anteil dieser Finanzierungen an unseren Einnahmen muss unter 20 Prozent liegen.

Die Fragen stellte Claudia Schreiber.

Das Tierzucht-Monopoly



Quelle: Gunnell et al. 2007, Grafik: Erklärung von Bern, Broschüre „Agropoly“